



Partizipationsumfrage 2020

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der
Kandidierenden-Befragung im Rahmen der Berner
Stadtratswahlen

Institut Public Sector Transformation
Fachgruppe Digitale Demokratie

26. November 2020

Inhaltsverzeichnis

1	Angaben zur Durchführung und Teilnahme	3
2	Auswertung ausgewählter Fragen zur Partizipation	5
3	Fazit	8

1 Angaben zur Durchführung und Teilnahme

Die Befragung wurde von der Fachgruppe «Digitale Demokratie» des Instituts Public Sector Transformation der BFH Wirtschaft zwischen dem 30.10. und 17.11.2020 durchgeführt. An der Fragebogenentwicklung, Datenauswertung und -analyse waren die Forscher*innen Jan Fivaz, Daniel Schwarz, Flurina Wäspi und Anja Wüst beteiligt. Die Kontaktierung der Kandidierenden und die Durchführung der Datenerhebung erfolgte via die Online-Wahlhilfeplattform «smartvote».

Von den insgesamt 532 Kandidierenden der Berner Stadtratswahlen konnten 523 via E-Mail kontaktiert werden. Der Versand der Einladung zur Teilnahme an der Umfrage erfolgte am Freitag, 30. Oktober 2020 durch eine E-Mail von smartvote. Eine Woche später, am Freitag, 06. November 2020, wurde zusätzlich ein Erinnerungsmail an 437 Kandidierende verschickt, die noch nicht geantwortet hatten.

Den Fragebogen beantwortet haben (per 17. November 2020) 77 Kandidierende, was einer Antwortquote von 14.5% entspricht.¹ Die Tabellen 1 bis 4 schlüsseln die Teilnahme nach Alter, Geschlecht, Partei und Wahlstatus auf. Die Beantwortung der Umfrage nahm durchschnittlich 8-9 Minuten in Anspruch.

Mit knapp 15% liegt die Antwortquote unter den Erwartungen. Es zeigt sich, wie bereits beim im Vorfeld der National- und Ständeratswahlen 2019 durchgeführten «[Digitalisierungsmonitor](#)», dass Umfragen in solchen Themenbereichen mit eher tiefen Antwortquoten rechnen müssen.

Die geringe Beteiligungsquote deutet darauf hin, dass die Frage neuer Partizipationsformen im «Smart City»-Kontext von vielen Politiker*innen nicht als zentrales Thema betrachtet wird (wie auch aus einigen Antworten in der Umfrage hervorgeht). Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass diese neuen Partizipationsformen in einer gewissen Konkurrenz zu den Institutionen und Prozessen der etablierten direkten und repräsentativen Demokratie stehen, was möglicherweise den gewohnten Einfluss von gewählten Politiker*innen und den Parteien auf die Politikgestaltung schmälert.

Tabelle 1: Teilnahmequote nach Alter

	Anzahl Kandidierende	Teilnahme an der Umfrage	Antwortquote
18-34	262	22	8.4
35-64	250	50	20.0
65+	20	5	25.0
Insgesamt	532	77	14.5

Tabelle 2: Teilnahmequote nach Geschlecht

	Anzahl Kandidierende	Teilnahme an der Umfrage	Antwortquote
Männer	291	46	15.8
Frauen	241	31	12.9
Insgesamt	532	77	14.5

¹ Die Antwortquote bezieht sich auf alle 532 Kandidierenden und berücksichtigt somit auch die Kandidierenden, die nicht per E-Mail kontaktiert werden konnten.

Tabelle 3: Teilnahmequote nach Partei

	Anzahl Kandidierende	Teilnahme an der Umfrage	Antwortquote
BDP	17	7	41.2
GFL	40	9	22.5
GaP	9	2	22.2
SVP	41	8	19.5
FDP	71	12	16.9
SPS	63	10	15.9
CVP	20	3	15.0
EVP	40	6	15.0
Insgesamt	532	77	14.5
Zämä	7	1	14.3
GPS	40	5	12.5
glp	80	10	12.5
EDU	11	1	9.1
PdA	16	1	6.3
JA!	40	2	5.0
AL	25	0	0.0
DLSSLP	9	0	0.0
Andere	3	0	0.0

Tabelle 4: Teilnahmequote nach Wahlstatus

	Anzahl Kandidierende	Teilnahme an der Umfrage	Antwortquote
Neu kandidierend	458	61	13.3
Bisherig	74	16	21.6
Insgesamt	532	77	14.5

2 Auswertung ausgewählter Fragen zur Partizipation

Frage 1:

Wie schätzen Sie die aktuell zur Verfügung stehenden Partizipationsmöglichkeiten der Bürger*innen auf den verschiedenen Staatsebenen ein?

→ Die befragten Kandidierenden aus der Stadt Bern sehen mehr Handlungsbedarf auf den Ebenen Kanton und Bund als auf der eigenen lokalen Ebene.

	Beurteilung der bestehenden Partizipationsformen		
	Ungenügend (%)	Teils/teils (%)	Ausreichend (%)
Ebene Stadt	13.0	19.5	67.5
Ebene Kanton	28.6	27.3	44.2
Ebene Bund	31.6	19.7	48.7

Frage 2:

In welchen Bereichen der städtischen Politik wäre es aus Ihrer Sicht wichtig, dass sich die Bürger*innen über zusätzliche partizipative Instrumente verstärkt direkt einbringen könnten? (Mehrfachnennungen möglich)

→ Drei Bereiche wurden von der Mehrheit der Antwortenden genannt: 1. Gestaltung öffentlicher Plätze und Strassen, 2. Ausgestaltung des Quartierlebens, 3. Stadt- und Raumplanung/Wohnungsbau. An vierter Stelle folgt der Bereich Verkehr/Mobilität (was u.a. öV, Fuss- und Velowege beinhaltet). Als eher unwichtig wird von den befragten Kandidierenden eine vermehrte Mitsprache in Infrastrukturbereichen, aber auch in den Bereichen öffentliche Gesundheit, Wirtschaft und Budget/Finanzen. Gerade beim Budget geht es um eine Kernkompetenz des städtischen Parlaments, die sich die Politiker*innen offensichtlich ungern wegnehmen lassen.

Bereiche	Nennung in %
Gestaltung öffentlicher Plätze / Strassen	56.4
Ausgestaltung des Quartierlebens	52.6
Stadt- & Raumplanung / Wohnungsbau	51.3
Verkehr / Mobilität	42.3
Kulturangebote & Nachtleben	37.2
Umwelt / Klimaschutz	34.6
Angebote für einzelne Gruppen	33.3
Schulen / Bildung	30.8
Kinderbetreuungsangebote	29.5
Sportangebot & -anlagen	28.2
Öffentliche Sicherheit	24.4
Budget / Finanzen	24.4
Wirtschaftsförderung / Gewerbe	23.1
Öffentliche Gesundheit / Suchtprävention	20.5
Entsorgung / Recycling	17.9
Energieversorgung	15.4
Technische Infrastruktur (z.B. Mobilfunkantennen)	12.8

Frage 3: Welche möglichen Partizipationsformen befinden Sie ganz generell betrachtet als sinnvoll? (Mehrfachnennung möglich)

→ Von den vorgeschlagenen neuen Partizipationsinstrumenten werden solche mehrheitlich als sinnvoll erachtet, die keine oder nur geringe institutionelle Veränderungen am bestehenden politischen System erfordern: Besserer Zugang zu Informationen und öffentlichen Daten, regelmässige institutionalisierte Fragestunden mit den Politiker*innen in den Quartieren, Online-Plattform zur Meldung von Schäden an der städtischen Infrastruktur, ausgebaute Teilnahmemöglichkeiten an Vernehmlassungen und Mitwirkungsverfahren sowie die Einführung eines «Bürgervorschlags», der jedoch die Rechte des Parlaments kaum tangiert. Ähnlich wie bei den anderen gestellten Fragen, werden diejenigen Vorschläge und Massnahmen deutlich skeptischer beurteilt, die einen teilweisen Verlust an Gestaltungsmacht der gewählten Politiker*innen nach sich ziehen könnte.

Partizipationsinstrumente	Nennung in %
Open-Data-Projekte (= Zugang zu Informationen und öffentlichen Daten)	69.2
Institutionalisierte Fragestunden / runde Tische (on- und offline)	67.9
Online-Plattform zur Meldung defekter Infrastruktur	64.1
Ausgebaute (Online-)Teilnahmemöglichkeit an Vernehmlassungen und Mitwirkungsverfahren	61.5
Bürgervorschlag (= über eine Online-Plattform können Bürger*innen Vorschläge einbringen und diskutieren. Verfügt ein Vorschlag über genügend Unterstützer*innen, wird er automatisch als zu behandelnder Vorstoss im Stadtrat eingebracht.)	56.4
Ständige Umfrage-Plattform (= Bürger*innen können jederzeit ihre Zufriedenheit zur städtischen Politik angeben (Liquid Feedback).)	39.7
Partizipatives Budget (= Bürger*innen können über einen Teil des Budgets (z.B. 5%) selbst bestimmen (Ideen einbringen, diskutieren und abstimmen).)	25.6
Temporärer Bürgerrat (= Der Gemeinderat beauftragt per Los bestimmte Bürger*innen, einen Vorschlag zu einem klar definierten Thema zu entwickeln. Bei komplexen Themen können auch Expertenanhörungen durchgeführt werden. Der Lösungsvorschlag des Bürgerrats wird in unveränderter Form in einem Referendum den Stimmberechtigten vorgelegt.)	23.1
Panel Citoyen (= eine Gruppe per Los bestimmter Bürger*innen erstellt eine Abstimmungsempfehlung bei Volksabstimmungen. Diese wird den Abstimmungsunterlagen beigelegt.)	15.4
Ständiger Bürgerrat (= Es wird neben dem Stadtrat ein Bürgerrat als zweite Parlamentskammer eingerichtet. Die Mitglieder des Bürgerrats werden per Zufallsprinzip aus der Bevölkerung ausgewählt.)	14.1

Frage 4:

Was sind die grössten Chancen und Risiken der partizipativen Demokratie bzw. der Einführung zusätzlicher partizipativer Instrumente? (Mehrfachnennungen möglich)

→ Bei der Bewertung von Chancen und Risiken zeigt sich, dass die Chancen insgesamt positiver beurteilt werden als die Risiken. Am meisten Zuspruch erhält das Argument, dass die partizipative Demokratie zu einer höheren Akzeptanz und Legitimation von politischen Entscheiden sowie zu mehr Bürgernähe der Politik führen kann. Eher weniger zieht das Argument, dass sie die Polarisierung vermindert und zu Lösungsorientierung beiträgt.

→ Bei den Risiken werden vor allem genannt, dass die meisten Bürger*innen gar nicht an partizipativen Verfahren teilnehmen können oder wollen (z.B. aus Zeitgründen) und dass insbesondere Online-Verfahren Gefahr laufen, von gut organisierten Splittergruppen «gekapert» zu werden. Die geringste Zustimmung erhält die mögliche Überforderung der Bürger*innen sowie das Argument, dass komplexe Gesamtzusammenhänge zu wenig berücksichtigt würden.

Mögliche Chancen	Stimme nicht zu	Teils/teils	Stimme zu
Höhere Akzeptanz und Legitimation von politischen Entscheiden bei der Bevölkerung	12.3	27.4	72.6
Mehr Bürgernähe der Politik / politische Entscheide bilden die Präferenzen, Sorgen und Wünsche der Bevölkerung besser ab	9.7	29.2	70.8
Stärkeres politisches Interesse und stärkere Beteiligung der Bevölkerung an der Politik	12.3	38.4	61.6
So können neue Ideen und unkonventionelle Lösungsansätze generiert werden	12.3	32.9	67.1
Bevölkerungsgruppen ohne Stimmrecht (Jugendliche und Ausländer*innen) erhalten eine Möglichkeit sich politisch zu engagieren	16.4	32.9	67.1
Die politische Polarisierung wird gedämpft und eine lösungsorientierte Diskussionskultur gefördert	29.2	55.6	44.4

Mögliche Risiken	Stimme nicht zu	Teils/teils	Stimme zu
Viele Bürger*innen können oder wollen gar nicht an solchen Verfahren teilnehmen (z.B. auf Grund des Zeitaufwands oder der öffentlichen Exponiertheit)	23.5	14.7	61.8
Partizipative Online-Plattformen laufen Gefahr von gut organisierten Splittergruppen "gekapert" zu werden	20.9	19.4	59.7
Partizipative Instrumente führen auf Grund von ungleicher Beteiligung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu nicht-repräsentativen Entscheidungen	38.5	18.5	43.1
Verfahren, die nur online angeboten werden, schliessen grössere Bevölkerungsgruppen von der Teilnahme aus	33.8	25.0	41.2
Viele Bürger*innen sind überfordert, an solchen partizipativen Verfahren teilzunehmen	41.8	17.9	40.3
Komplexe Gesamtzusammenhänge und Sachverhalte können nur unzureichend berücksichtigt werden	33.3	30.4	36.2

3 Fazit

- Beteiligung an der Umfrage eher tief, aber zumindest ein guter Querschnitt durch alle Parteien (keine politische Verzerrung nach links oder rechts in den Daten).
- Neue (innovative und digitale) Partizipationsformen (noch) nicht auf dem Radar der kandidierenden Politiker*innen (ähnlich wie bei früheren Umfragen zur Digitalisierung in der Politik). Ein Grund dafür dürfte auch sein, dass einzelne Vorschläge die bisherige Gestaltungsmacht von Politiker*innen und Parteien beschneiden könnten.
- Grundsätzlich werden die Chancen der partizipativen Demokratie deutlich positiver eingeschätzt als die Risiken. Es besteht also keine grundlegende Skepsis.
- Bezüglich der einzelnen Bereiche, in denen die neuen Instrumente nach Ansicht der Befragten eingesetzt werden sollten, und der Bewertung einzelner partizipativer Instrumente zeigt sich, dass ein eher zurückhaltender Einsatz in herkömmlichen Bereichen (Stadtentwicklung, Gestaltung des öffentlichen Raums, Quartierleben) sowie mit Instrumenten, die keine grossen institutionellen Neuerungen mit sich bringen, bevorzugt wird. Auch hier zeigt sich, dass die zukünftigen Parlamentarier*innen nur ungern einen Teil ihrer Kompetenzen abgeben (z.B. im Bereich von partizipativen Budgets).
- Dies ist die Perspektive der Politiker*innen. Sehr interessant wäre es, zusätzlich die Ansichten der Bürger*innen zu kennen, um beiden miteinander zu vergleichen. Dazu müsste aber eine repräsentative Bevölkerungsbefragung in der Stadt Bern durchgeführt werden.

Kontakt für weitere Auskünfte:

Jan Fivaz, jan.fivaz@bfh.ch, Tel. +41 31 848 41 45

Daniel Schwarz, daniel.schwarzbadertscher@bfh.ch, Tel. +41 31 848 41 46